PB.W-01-473

Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Celina Schmidt (KV Hamburg-Wandsbek)

Änderungsantrag zu PB.W-01

Von Zeile 472 bis 474 einfügen:
durchsetzen, braucht es ein verbindliches und wirksames Lieferkettengesetz auf nationaler wie europäischer Ebene. Ein solches Gesetz ist angelehnt an die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele, dem 1,5°-Ziel und der Erhaltung der Artenvielfalt und verpflichtet alle in Deutschland geschäftstätigen Unternehmen, insbesondere in risikoreichen Branchen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten. Kern einer solchen Regelung stellt eine zivilrechtliche Haftung dar, auf deren Grundlage Unternehmen im Schadensfall zur Verantwortung gezogen werden können.

Begründung

Der aktuell im Bundestag debattierte Entwurf zum Lieferkettengesetz von Union und SPD reicht nicht aus, um effektiv und umfassend Verbesserungen in den Lieferketten herbeizuführen. Im grünen Wahlprogramm sollte explizit herausgestellt werden, dass ein wirkungsvolleres Lieferkettengesetz auf Bundesebene gefordert wird.

Dies betrifft zum einen den Anwendungsbereich. Die Regierung will nur deutsche Unternehmen mit mehr als 1.000 Mitarbeitenden zur Verantwortung ziehen - dies ist nicht ausreichend. Stattdessen sollten alle in Deutschland geschäftstätigen Unternehmen ihrer Verantwortung gerecht werden. Ein Unternehmenssitz außerhalb Deutschlands sowie eine kleinere Unternehmensgröße dürfen - auch im Hinblick auf einen fairen Wettbewerb - keine Ausnahmen darstellen. Nichtsdestotrotz unterscheiden sich natürlich die finanziellen und kapazitativen Möglichkeiten von kleinen Unternehmen im Gegensatz zu großen Konzernen. Hierauf muss in den Anforderungen Rücksicht genommen werden.

Des Weiteren sollten die im vorherigen Satz genannten "Umwelt- und Sozialstandards" genauer definiert werden, um die Zielsetzung eines "grünen" Lieferkettengesetzes hervorzuheben. Neben den Nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen (https://www.bmz.de/de/agenda-2030) ist auch hier ein Bekenntnis zum 1,5-Grad-Ziel und dem Artenschutz sinnvoll und wichtig, um Lieferketten in sozialer und ökologischer Hinsicht nachhaltig zu gestalten.

weitere Antragsteller*innen

Patrick Essiane Zame (KV Hamburg-Wandsbek); Philipp Rösch (KV Hamburg-Eimsbüttel); Franz Florian Krause (KV Hamburg-Wandsbek); Valentin Schmidt (KV Hamburg-Wandsbek); Jonas Tetzlaff (KV Heidekreis); Luca Lüschen (KV Hamburg-Mitte); André Lohde (KV Hamburg-Mitte); Simon Fagermann (KV Hamburg-Bergedorf); Julius Nebel (KV Hamburg-Mitte); Emma Hansen (KV Berlin-Mitte); Johnny Stengel (KV Hamburg-Nord); Severin Wuensch (KV Hamburg-Nord); Lisa Jasmin Jung (KV Hamburg-Wandsbek); Julia Teppe (KV Hamburg-Eimsbüttel); Emilia "Milla" Fester (KV Hamburg-Eimsbüttel); Jannick Frank Roller (KV Freiburg); Felix Hartel (KV Hamburg-Eimsbüttel); Tammo

Westphal (KV Potsdam); Svea Horn (KV Hamburg-Wandsbek); Ajla Sophie Deichmann (KV Hamburg-Nord); Oscar Schmucker (Hannover RV); Hendrik Richter (KV Hamburg-Nord); Kim Desiree Zurawski (KV Hamburg-Mitte); Lenja Vollmer (KV Hamburg-Harburg)